Aktenzeichen: _____

Landgericht _____

- Der/Die Präsident/in –

_____

_____

Antrag

Verlängerung der allgemeinen Beeidigung als gerichtliche Dolmetscherin/gerichtlicher Dolmetscher oder Gebärdendolmetscherin/Gebärdendolmetscher und/oder Ermächtigung als Übersetzerin/Übersetzer

Ich beantrage

□ die Verlängerung der allgemeinen Beeidigung als gerichtlicher Dolmetscherin/ gerichtlicher Dolmetscher für die Sprache(n):

_____

□ die Verlängerung der Ermächtigung, als Übersetzerin/Übersetzer die Vollständigkeit und Richtigkeit von Übersetzungen zu bescheinigen für die Sprache(n):

_____

□ die Verlängerung der allgemeine Beeidigung als Gebärdendolmetscherin/ Gebärdendolmetscher.

1. Personalien und Kontaktdaten

(Diese Daten werden nur für verwaltungsinterne Zwecke erhoben und gespeichert. Hinsichtlich der im Internet zu veröffentlichenden Daten siehe Ziffer 2.):

Titel		Name	
Vorname		Geburtsname	
Geburtstag		Geburtsort	
Geschlecht		Staatsangehörigkeit	
Beruf		Muttersprache	

Anschrift (privat)		
Telefon (privat)	Mobiltelefon (privat)	Fax (privat)
E-Mail (privat)		
Firmenanschrift		
Telefon (geschäftlich)	Mobiltelefon (geschäftlich)	Fax (geschäftlich)
E-Mail (geschäftlich)		

2. Datenspeicherung und -veröffentlichung

Die nach § 2 GDolmG, § 2 BbgSpMG i.V.m. § 1 der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeit für die allgemeine Beeidigung von Dolmetscherinnen und Dolmetschern und die Ermächtigung von Übersetzerinnen und Übersetzern (Brandenburgisches Sprachmittlergesetzzuständigkeitsverordnung – BbgSpMGZV) zuständige Stelle darf die erforderlichen personenbezogenen Daten sowie die Angaben nach § 7 GDolmG verarbeiten und in automatisierte Abrufverfahren einstellen. Die Übermittlung kann auch dadurch erfolgen, dass die Daten in einer gemeinsamen Datenbank gespeichert werden.

In der Datenbank werden der Name, die Vornamen sowie die ladungsfähige Anschrift, die Berufsbezeichnung, die Dauer der Befristung sowie die Sprache, für welche die Antragstellerin/der Antragsteller beeidigt oder ermächtigt ist, eingetragen.

Es muss mindestens eine Telekommunikationsverbindung und mindestens eine Andresse zur Veröffentlichung im Internet freigegeben werden. Sofern Sie nachstehend keine Einschränkung vornehmen, werden alle von Ihnen angegebenen Telekommunikationsdaten und Adressen im Internet veröffentlicht.

□ Folgende Telekommunikationsdaten sollen nicht im Internet veröffentlicht werden:

_____

□ Folgende Adresse (Privat-/Geschäftsanschrift) soll nicht im Internet veröffentlicht werden:

_____

□ **(Diese Angabe ist freiwillig)** Ich verfüge über folgende Zusatzqualifikationen (z.B. qualifizierte Berufsabschlüsse), die veröffentlicht werden sollen. Entsprechende Nachweise (im Original oder in öffentlich beglaubigter Form und ggf. mit einer Übersetzung, deren Richtigkeit und Vollständigkeit bescheinigt ist) liegen bei:

_____

_____

_____

3. Angaben und Nachweise zur persönlichen Eignung:

Ich bin strafrechtlich verurteilt:

□ nein

□ ja

wegen _____

Das Gericht und Geschäftszeichen lauten:

_____

Gegen mich ist ein Strafverfahren bzw. ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren anhängig:

□ nein

□ ja

wegen_____

Die ermittelnde Stelle (z.B. Staatsanwaltschaft) und das Geschäftszeichen lauten:

_____

□ **Ich versichere ausdrücklich, dass in den letzten fünf Jahren vor Antragstellung eine Strafe oder eine Maßregel der Besserung und Sicherung gegen mich nicht verhängt worden ist und kein Ermittlungsverfahren gegen mich anhängig ist.**

<u>oder</u>

□ In den letzten fünf Jahren vor Antragstellung ist eine Strafe oder Maßregel der Besserung und Sicherung gegen mich verhängt worden.
Das Gericht und Geschäftszeichen lauten:

_____

□ Ein **Führungszeugnis** zur Vorlage bei einer Behörde nach § 30 Absatz 5 des Bundeszentralregistergesetzes – „Belegart O“ – habe ich bei meiner Meldebehörde beantragt.

□ **Ferner versichere ich ausdrücklich, dass ich nicht im Schuldnerverzeichnis eingetragen bin und über mein Vermögen kein Insolvenzverfahren eröffnet und auch keine Restschuldbefreiung erteilt wurde.**

□ Es liegen Eintragungen im Schuldnerverzeichnis vor. Das Gericht und Aktenzeichen lauten:

_____

□ Ein Insolvenzverfahren über mein Vermögen wurde eröffnet und es ist noch keine Restschuldbefreiung erteilt worden. Das Gericht und Aktenzeichen lauten:

_____

□ Eine **Negativbescheinigung des Insolvenzgerichts**, dass kein Verfahren bezüglich meiner Person anhängig ist, ist beigefügt.[1]

Mit einer Einsichtnahme in die über mich geführten Verwaltungsvorgänge bin ich einverstanden.

Sofern Sie Ihren Wohnsitz oder Ihre berufliche Hauptniederlassung **nicht im Land Brandenburg** haben:

□ zu meiner kurzfristigen Erreichbarkeit (besonders zur Erledigung von Aufträgen im Land Brandenburg, die dort meine persönliche Anwesenheit erfordern) mache ich folgende detaillierte Angaben:

_____

4. Versicherung und Datenschutzerklärung

Ich versichere, die vorstehenden Angaben vollständig und richtig gemacht zu haben. Ich bin mit der Verarbeitung (insbesondere der Speicherung und der Übermittlung) meiner in Ziffer 1. und 2. erhobenen personenbezogenen Daten nach Maßgabe von Ziffer 2. des Antrags einverstanden.

Mir ist bekannt, dass die Erklärung freiwillig und jederzeit widerrufbar ist und ihr Fehlen dazu führt, dass die angegebenen Daten nicht im Internet veröffentlicht und nicht in automatisierte Abrufverfahren eingestellt werden.

_____	_____
Ort, Datum	vollständige Unterschrift

[1] Diese Bescheinigung erhalten Sie bei dem zuständigen Amtsgericht. Nähere Informationen finden Sie unter: Oberlandesgericht | Ordentliche Gerichtsbarkeit Land Brandenburg.